

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekomitee.de • www.grundrechtekomitee.de

Einladung: Ratschlag und Mitgliederversammlung

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie lädt ein zu einem Ratschlag zum Thema „Mein Körper gehört mir!“

**am Samstag, 14. November 2015
 (11:00 bis 18:00 Uhr),
 in Berlin, Haus der Demokratie,
 Greifswalder Str. 4**



Seit über 10 Jahren beschäftigt sich die Arbeitsgruppe „Gesundheit“ im Komitee für Grundrechte und Demokratie mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, sprich, der angestrebten Möglichkeit, sensible Gesundheitsdaten auf von überall zugänglichen Servern zu speichern.

Die AG „Gesundheit“ fordert eine öffentliche Debatte über die Sammlung von Gesundheitsdaten und Bioproben für unbestimmte Forschungsprojekte z.B. durch das Großprojekt „Nationale Kohorte“. Mit dieser Art von Forschung verändert sich auch die gesellschaftliche Perspektive auf Gesundheit.

Mit Fragen nach den gegenwärtigen Entwicklungen und Möglichkeiten des Protestes beschäftigt sich der Ratschlag „Mein Körper gehört mir!“. Sie sind herzlich eingeladen.

Am Sonntag, **15. November 2015** (11:00 bis 14:00 Uhr im Haus der Menschenrechte), findet die **Mitgliederversammlung des Komitee für Grundrechte und Demokratie** statt, das dann **35 Jahre** besteht.

Gerne kann der gedruckte Flyer zum Ratschlag in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Deutschland – zwischen Engagement und rassistischer Gewalt

■ „Propaganda der Tat“ betitelte Marina Naprushkina einen einfühlsamen Bericht über die von ihr mitbegründete Flüchtlingsinitiative „Neue Nachbarschaft // Moabit“, in der sich inzwischen mehr als einhundert Ehrenamtliche engagieren: ein Gegenmodell zu den staatlichen Integrationsprogrammen, wie es in ihrer Selbstdar-

stellung heißt, in dem Raum für gemeinsames Lernen, Spielen, Feiern geschaffen und Flüchtlingen bei deren Alltagsbewältigung geholfen wird (vgl. FR, 25.8.2015).

Bislang haben wir vor allem das tausendfache, von der europäischen Abschottungspolitik betriebene Sterben insbesondere im Mittelmeer skandalisiert. Menschen jedoch, die den kriege-

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 Konto 8 024 618
 BLZ 508 635 13
 IBAN
 DE76 5086 3513 0008 0246 18
 BIC GENODE51MIC**

rischen und sozialen Verwüstungen entflohen sind und nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich nicht von der europäischen Migrationspolitik abschrecken. Sie suchen ihr bloßes Überleben zu sichern – über nationale Grenzen und Asylbestimmungen hinweg. In Europa erwartet sie: Stacheldraht, Polizeiknüppel, Tränengas und Lager. Die „Propagandisten der Tat“, besser, der Humanität sind hier Initiativen wie „Sea Watch“, „Watch the Med Alarm Phone“ oder SOS Méditerranée, um nur einige zu nennen.

Inzwischen haben die weltweiten Fluchtmigrationen Deutschland unter großer medialer Aufmerksamkeit erreicht. Die Bundesregierung prognostiziert, 800.000 schutzsuchende Menschen müssten bis zum Jahresende in Deutschland aufgenommen werden. In den Kommunen ringt man um „Unterbringungsplätze“: Heruntergekommene Hotels, leerstehende Abbruchhäuser und Wohnungen werden angemietet, provisorische

Zeltlager und Turnhallen hergerichtet, Containersiedlungen aufgestellt. Zugleich wächst die Gewalt gegenüber ideologisch erst fremd gemachten Flüchtlingen. Beinahe täglich werden Flüchtlingsunterkünfte angegriffen. Dabei gehen bezugsfertige Sammel- und Notunterkünfte in Flammen auf. Rechtsradikale, rassistische und nationalistische Gruppierungen schüren aggressiv Ressentiments. Einige Bürgerinnen und Bürger folgen bereitwillig ihren fremdenfeindlichen Versammlungsaufrufen. Bundesdeutsche Politiker reagieren zögerlich. Manche heizen gar mitleidslos die Stimmung an, indem sie kontrafaktisch vom massenhaften Asylmissbrauch schwadronieren und vor allem Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten als Wirtschafts- oder Armutsflüchtlinge stigmatisieren. Damit weisen sie dem fremdenfeindlichen Hass ganz offen die grobe Richtung. Als ob nicht Verelendung in bitterer Armut ein legitimes Migrationsmotiv sein könnte. Ein nach herrschendem Flüchtlingsrecht vergeb-

lich gestelltes Asylgesuch macht aus dem Antragsteller noch keinen Asylbetrüger.

Viele andere Bürgerinnen und Bürger hingegen engagieren sich tatkräftig, damit Flüchtlinge überhaupt ihren Alltag in neuer Lebensumgebung bewältigen können: Von der Wohnraumsuche über Sprachkursangebote bis zur Unterstützung bei Hausaufgaben, Behördengängen und Arztbesuchen. Sie tragen praktisch wesentlich dazu bei, dass eine einigermaßen humanitär und sozial angemessene Aufnahme der Zuwanderer in den Kommunen trotz inszeniertem Notstand gelingt. Sie stellen sich zugleich den rechten Aufmärschen ebenso entgegen wie den flachen diskriminierenden Parolen der politischen Klasse. Propaganda der Tat könnte man das nennen. Darauf kommt es heute wohl mehr denn je an: Engagement und Empathie wider Hass und rassistische Gewalt.

◆ *Dirk Vogelskamp*



Asyldemo Bonn; © Martin Singe

Ferien vom Krieg 2015



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der israelisch-palästinensischen Dialogseminare

Auch in diesem Sommer fanden wieder zwei Dialogseminare für junge Erwachsene aus Israel und Palästina statt. Ab Mitte Juli moderierte das „Breaking Barriers“-Team ein zweiwöchiges Seminar mit 50 Israelis und Palästinensern in Walberberg bei Köln, Anfang August traf die zweite israelisch-palästinensische Gruppe mit 50 jungen Leuten beider Seiten zu einem zweiwöchigen Dialog in Deutschland ein.

Am Ende des ersten Seminars, wenige Tage nachdem bei einem Brandanschlag auf eine

palästinensische Familie in der Nähe von Nablus (Westjordanland) ein Kleinkind in den Flammen ums Leben kam, schrieb einer der Teilnehmer: *„Ich würde mich in einem Staat sicher fühlen, der sich um ein Geschichtsbild bemüht, das niemanden ausschließt“*.

Im ehemaligen Jugoslawien luden wir erneut 120 Jugendliche aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien für zwei Wochen zu einer Begegnungsfreizeit im kroatischen Basko Polje ein. Neben diesen Begegnungen haben dort in den vergangenen Jahren die

Nachfolgeaktivitäten zunehmend an Bedeutung gewonnen: Im August trafen sich bei einem Camp in Tuzla 70 frühere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den drei genannten Ländern – gemeinsam besuchten sie die Gedenkstätten in Srebrenica und unterstützten ArbeiterInnen einer besetzten Fabrik.

www.ferien-vom-krieg.de

◆ *Barbara Esser /
Birgit Hogefeld /
Brigitte Klab*

Friedensbewegung

Unsere Beteiligung an der **Büchel65-Blockade** (vgl. INFORMATIONEN 03/2015) fand in kleinem aber feinem Rahmen statt. Wir haben mehrere Tore der Atomwaffenbasis erfolgreich blockiert. Mit der Gesamtaktion wurde auf die starre Haltung der Bundesregierung hingewiesen, die nach wie vor die Aufkündigung der nuklearen Teilhabe verweigert.

Die **ökumenische Friedensdekade 2015** vom 8. – 18.11.2015 greift unter dem Motto „Grenzfahrungen“ das Thema Flucht und Migration auf. Es bestehen viele Möglichkeiten, sich regional bzw. vor Ort zu engagieren.

Wir werden uns intensiver mit dem für 2016 geplanten **Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums** auseinandersetzen. Es darf nicht hingenommen werden, dass Krieg als Mittel der Außenpolitik und zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen festgeschrieben wird. Mischen Sie sich ein, wenn dazu vor Ort Diskussionen stattfinden.

Die **„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“**, mit der wir eng kooperieren, kritisierte nach der Vorlage des Rüstungsexportberichtes 2014 durch die Bundesregierung die Verdoppelung der real erfolgten Kriegswaffenexport-

te auf 1,8 Milliarden Euro. Drei Viertel der erteilten Ausfuhrgenehmigungen gingen an sogenannte Drittländer, darunter Saudi-Arabien, die nach aktuellem Recht prinzipiell nicht beliefert werden dürften. In Berlin waren Komitee-Mitglieder wieder an der Protestaktion anlässlich der Hauptversammlung von Rheinmetall beteiligt. Die Kampagne arbeitet weiter unter dem Motto: Grenzen schließen für Waffen – Grenzen öffnen für Flüchtlinge. Infos und Aktionsankündigungen: aufschrei-waffenhandel.de

◆ *Martin Singe*

Rente für Gefangene: Erfolg bei Justizministerkonferenz

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat die Entscheidung der Justizminister der Länder zur Rentenversicherung für Gefangene begrüßt (grundrechtekomitee.de/node/709). Auf ihrer Konferenz am 17./18. Juni 2015 hatten die Minister den Strafvollzugsausschuss der Länder beauftragt, „Grundlagen und Auswirkungen“ einer Einbeziehung von Gefangenen in die Rentenversicherung zu prüfen. Ministerin Uta-Maria Kuder (CDU, Mecklenburg-Vorpommern), die das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, spricht von einem „echten Anfang“. Der Bund brauche „das Zeichen aus den Ländern“. Seit 38 Jahren ist das Gesetz versprochen, aber nicht erlassen worden. Das Grundrechtekomitee hatte vor der Konferenz in einem von den meisten Organisationen aus der Straffälligenhilfe mitgetragenen Brief an die Sozial- und Justizministerien entsprechend appelliert.

Wir haben von allen 16 Justizministerien Antwortbriefe erhalten. Ein Beleg, dass die Problematik an

den entscheidenden Stellen angekommen ist. Allerdings halten sich die meisten Antworten vornehm zurück und verweisen auf die anstehende Prüfung durch den Strafvollzugsausschuss. Neben wenigen ablehnenden Positionen gibt es klare Befürwortungen unseres Anliegens.

Sehr erfreulich war u.a. die Antwort der Sozialministerin Katrin Altpeter, SPD, Baden-Württemberg, die mitteilte, dass sie unsere Forderung „ausdrücklich unterstütze“ und in einem Schreiben an ihren Landesjustizminister (SPD) die „rentenrechtlichen Härten aufgezeichnet“ habe, „die sich aufgrund der unterbliebenen Zahlung ergeben“. Uta-Maria Kuder betont, „dass es nicht gerechtfertigt ist, den Gefangenen neben den notwendigen Einschränkungen, die der Freiheitsentzug unvermeidlich mit sich bringt, weitere vermeidbare wirtschaftliche Einbußen zuzufügen“. Justizsenator Till Steffen (Grüne, Hamburg) hebt hervor, dass sich die Nichteinbeziehung in die Rentenversicherung „als resoziialisierungsfeindliche Spätfolge der

Freiheitsstrafe auswirken“ könne. Minister Markov aus Brandenburg betont, dass „dringend eine gesetzliche Regelung getroffen werden muss“, die eine rentenrechtliche Gleichstellung vorsieht. Thüringen sieht in der Maßnahme eine erhebliche Verbesserung der Wiedereingliederungschancen. Eine Dokumentation unseres Appells sowie der Antworten der Ministerien kann bei uns angefordert werden.

Endlich ist die Tür zu einer Lösung wieder aufgestoßen. Die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung ist ein Gebot des Resozialisierungsauftrags sowie eine Konsequenz aus dem Gleichheitsgebot und dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Wir erwarten, dass das entsprechende Gesetz nun zügig auf den Weg gebracht wird. Zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe werden wir den weiteren Prozess politisch begleiten.

◆ *Martin Singe*

Hinweise

**10. Oktober 2015 in Berlin
TTIP & Co stoppen!**

Für einen gerechten Welthandel!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Freihandelsverträge wie TTIP und CETA markieren einen Angriff auf

gesellschaftliche soziale Errungenschaften und Demokratie. Es ist ihr erklärtes Ziel, sogenannte „Handelshemmnisse“, wie etwa Vorschriften in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Arbeitsrecht oder Datenschutz, abzubauen oder zu verringern.

Nach der Übergabe der mehr als 2,5 Millionen Unterschriften aus der selbstorganisierten Euro-

päischen Bürgerinitiative gegen TTIP & CETA soll die Demonstration am 10.10. in Berlin ein mächtiges Zeichen setzen: Wir fordern eine grundlegende Wende in der Handelspolitik! Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt!

Informationen unter:
www.ttip-demo.de/home

Anfragen an die Ministerin

Das Grundrechtekomitee hat gemeinsam mit dem Gen-ethischen Netzwerk und BioSkop kritische Anfragen zum Forschungsprojekt „Nationale

Kohorte“ an die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, gestellt. Die Fragen des offenen Briefes nach kommerziellen Interessen, nach

Datenschutz und Zugriffsrechten finden Sie unter: www.grundrechtekomitee.de/node/711.